



SBV-Medienkonferenz „Agrarfreihandel EU“ Redetext von Hansjörg Walter, Präsident Schweizerischer Bauernverband

Liebe Medienschaffende, meine Damen und Herren

Fassen wir zusammen: Die AP 2011 ist unter Dach und Fach. Obwohl wir im Parlament viele Verbesserungen durchgebracht haben, handelt es sich um eine Reform mit Konsequenzen. Sie ist und bleibt eine grosse Herausforderung. Die AP 2011 wird die Bäuerinnen und Bauern zwischen einem Sechstel und einem Fünftel ihres Einkommens kosten. Die Erosion der Preise und der rasante Strukturwandel, denen in den letzten 15 Jahren ein Drittel aller Betriebe zum Opfer fielen, werden weiter gehen. Doch damit begnügt sich der Bundesrat nicht. Er will die schweizerische Landwirtschaft mit einem Freihandelsabkommen mit der EU noch stärker dem internationalen Wettbewerb aussetzen. Dies, nachdem auch die WTO und andere bereits laufende oder geplante bilaterale Abkommen wie Damoklesschwerter über uns hängen. Meine Vorredner haben diese Aspekte bereits eingehend beleuchtet.

Wie Sie den Ausführungen von Christophe Eggenschwiler entnehmen konnten, haben wir die Option „Agrarfreihandel mit der EU“ gewissenhaft untersucht. Bereits haben auch verschiedene bäuerliche Produzentenorganisationen ihre Haltung kund getan. Und diese ist keineswegs einheitlich! Das zeigt, dass auch diese Medaille zwei Seiten hat. Gewisse Branchen sehen Vorteile, während die Mehrheit vor allem Nachteile des Freihandels mit der EU befürchten. Der SBV als Dach der Landwirtschaft hat sich ein Jahr Zeit genommen, um sich ein möglichst objektives Bild zu machen. Als Basis für unsere Berechnungen dienen deshalb auch die Betriebstypen der zentralen Auswertung der Forschungsanstalt Agroscope Tänikon. Unser Szenario ist ein ausgeglichener Mittelweg zwischen den best- und der schlechtestdenkbaren Varianten. Dabei haben wir die Faktoren Produktionskosten und Produkterlös den Varianten angepasst. In unseren Resultaten haben wir auch den Strukturwandel von jährlich 2 Prozent bis ins Jahr 2015 berücksichtigt. Diese Berechnung erlaubt es uns, das Betriebswachstum als Wettbewerbsfaktor miteinzubeziehen.

Die Resultate unserer Studie sind ernüchternd und besorgniserregend: Wir müssen im Schnitt von einer Halbierung der bäuerlichen Einkommen ausgehen. Sie können sich selber denken, dass immense Kompensationsmassnahmen zur Abfederung nötig wären. Ganz speziell betroffen sind der Ackerbau und die Talbetriebe allgemein. Dass die Wirkung eines EU-Freihandelsabkommens für den Ackerbau noch verheerender wäre als ein WTO-Abschluss, hat uns ebenfalls erstaunt. Es zeigt aber etwas ganz deutlich: Die Abhängigkeit einzelner Betriebstypen, Produktionen und Regionen von den Direktzahlungen würde mit dem EU-Freihandel zunehmen. Wir wollen, dass die Bäuerinnen und Bauern ihr Geld über den Verkauf der Produkte verdienen und nicht noch mehr auf eine Unterstützung angewiesen sind. Dafür haben wir auch im Rahmen der AP 2011 gekämpft.

Meine Damen und Herren, wir haben Ihnen die verschiedenen Zukunftsszenarien aufgezeigt. Ohne Schwarzmalen zu sein, sehen wir hier keine wirtschaftlichen Perspektiven für die schweizerische Landwirtschaft. Unter den aktuellen Rahmenbedingungen – und zumindest solange die Ergebnisse und der Zeitplan der Doha-Runde nicht bekannt sind – kann sich der SBV deshalb NICHT für ein Freihandelsabkommen mit der EU im Lebensmittelsektor aussprechen.

Wir sind bereit, die Situation erneut zu prüfen, wenn sich die Umstände verändert haben sollten. Wir fordern den Bundesrat auf, die rosa Brille der Freihandelseuphorie abzulegen. Es ist Zeit, den Tatsachen in die Augen zu schauen.